

Niederschrift
über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses
am 21.02.2012

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 22:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Hoffmann
Herr Kleinesdar
Herr Meichsner
Herr Nettelstroth, Stellv. Vorsitzender
Herr Nolte

SPD

Frau Brinkmann
Herr Diembeck
Herr Fortmeier, Vorsitzender
Herr Franz
Herr Grube

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Julkowski-Keppler
Frau Weiß

BfB

Frau Pape

FDP

Herr Bolte

Die Linke

Herr Ridder-Wilkens

Beratende Mitglieder

Bürgernähe

Herr Schmelz

Beirat für Behindertenfragen

Herr Baum, bis 18.00 Uhr, TOP, TOP 14

Seniorenrat

Herr Dr. Tiemann, bis 19.00 Uhr, TOP 14

Von der Verwaltung

Herr Moss	Beigeordneter Dezernat 4
Frau Thiede	Dezernat 4
Herr Becker	Dezernat 4
Herr Thiel	Amt für Verkehr
Frau Grau	Amt für Verkehr
Herr Schütte	Amt für Verkehr
Herr Spree	Amt für Verkehr
Herr Blankemeyer	Bauamt
Herr Großastroth	Bauamt
Herr Temmen	Bauamt

Gäste

Herr Harnisch (Ing. Büro Harnisch) zu TOP 9

Schrifführung

Frau Ostermann Bauamt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Fortmeier begrüßt die Anwesenden zur 28. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde.

Herr Fortmeier teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 4.2 aus der öffentlichen Sitzung abgesetzt werde.

Herr Moss begründet dieses damit, dass er heute mit dem Bundesverkehrsministerium telefoniert habe. Ein Ministerentscheid über den Bau der B 61 sei in Kürze zu erwarten. Es sei möglich, dass diese Vorlage dann nach neuen Aspekten zu diskutieren sei. Er schlage daher vor, die Vorlage für die Sitzung im März wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis und ist einverstanden-

Herr Moss bittet die als Tischvorlage verteilte Vorlage mit der Drucksachen-Nr.: 3706/2009-2014 (Erstaufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark Deponie Beukenhorst“) als Dringlichkeitspunkt heute auf die Tagesordnung zu setzen. Er begründet dieses damit, dass die Stadt Bielefeld bemüht sei, dem Klimawandel entgegenzutreten. Man wollte hier ursprünglich ein Planfeststellungsverfahren durchführen. Dieses sei in einer anderen Kommune möglich gewesen. Die Bezirksregierung Detmold möchte jedoch, dass ein Bauleitplanverfahren durchgeführt wird. Der Bund werde zum 01.07.2012 das Energieeinspeisegesetz ändern. Hieraus begründe sich die besondere Dringlichkeit für diesen Punkt.

Die Bezirksvertretung Jöllenbeck habe der Vorlage per Dringlichkeitsbeschluss zugestimmt.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird erweitert um TOP 19.1 der Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/J 33 „Solarpark Deponie Beukenhorst“ (Drucksachen-Nr.:

3706/2009-2014).

- einstimmig beschlossen -

Herr Fortmeier teilt mit, dass der für die nicht öffentliche Sitzung vorgesehene TOP 31 (Technisches Dienstleistungszentrum – Stellplatznachweis und Konzept zur Parkraumbewirtschaftung, Ds.-Nr. 3628/2009-2014) heute öffentlich unter TOP 13.2 beraten werden soll.

Für die nichtöffentliche Sitzung werde es auch eine Ergänzung zur Tagesordnung per Dringlichkeit geben. Hierauf werde er zu Beginn der nichtöffentlichen Sitzung eingehen

Wegen des Publikumsinteresses schlage er vor, den TOP 14 (Masterplan Innenstadt Bielefeld) vorzuziehen und hinter TOP 5 zu beraten.

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis und ist einverstanden-

Beratungsfolge: 2.1 , 3.1, 3.2, 3.3, 4.1, 4.3, 14, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13.1, 13.2, 15.1, 15.2, 19.1, 20.1, 23.1/30.3, 26.1, 27.1, 28.1, 28.2, 28.3, 30.1, 30.2, 33.1, 34.1, 34.235.1

Öffentliche Sitzung:**Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschriften über die Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses am**

- keine -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen**Zu Punkt 2.1 Abrechnungen nach KAG**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3601/2009-2014

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Neues EU-Projekt, Arbeitstitel "Making Cities Future Ready"

Herr Moss erinnert, dass in der letzten Sitzung mitgeteilt wurde, dass der Antrag auf Verlängerung des BAPTS-Projekts gescheitert sei, weil es eine grundsätzliche Entscheidung gegen Projektverlängerungen gegeben habe.

Nunmehr werde von der Region Eindhoven, Niederlande, eine Idee für ein neues EU-Projekt entwickelt, die hierfür interessierte Partner suchen. Dieses Projekt solle sich mit den weiteren Entwicklungsmöglichkeiten von Städten/Regionen vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise und den damit nur noch eingeschränkten Gestaltungsspielräumen beschäftigen.

Die Projektidee begründe sich auf der Erkenntnis, dass man angesichts der Finanzkrise jetzt damit beginnen müsse, eine Vision und Strategie über die mittel- u. langfristige Perspektive einer Stadt zu entwickeln. Es gehe also nicht um heute, sondern darum sicherzustellen, dass eine Stadt trotz strukturellen Wandels auch in mehr als 20 Jahren immer noch von Bedeutung ist und auf die sich verändernden Bedürfnisse der Bevölkerung, Wirtschaft usw. vorbereitet habe. Es solle ein Modell für die Entwicklung einer „neuen Art Stadt“ für Europa entwickelt werden. Eckpunkte einer solchen Strategie könnten sein:

- Eigene Industriegeschichte herausstellen
- Technik und Design sichtbar machen
- Kombination von Natur und urbanem Leben herausstellen
- Die vorhandene Urbanität nutzen
- Verwirklichung von energieproduzierenden Gebäuden
- „Multi-Kulti“ leben und nutzen

Wichtig hierfür seien Überlegungen einer strategischen Allianz zwischen Wirtschaft, Universitäten und Verwaltung zu künftigen Investitionen und wo bzw. in welcher Weise sie eingesetzt werden können. Ein Vorbild hierfür könne die deutsche IBA (Internationale Bau Ausstellung) sein. Durch ein vergleichbares Modell würden sich drei Elemente kombinieren lassen:

1. Strategien können getestet werden
2. durch ein öffentliches Angebot an Ausstellungen etc. kann ein hohes Maß an Beteiligung der Öffentlichkeit erreicht werden
3. internationale Aufmerksamkeit durch Expertentreffen, Seminare und Ausstellungen (in denen die Ergebnisse dargestellt und getestet werden)

Herr Moss teilt mit, dass folgende Themen für Bielefeld interessant sein könnten:

- Tradition/Geschichte und Moderne: Ein Konzept zur besseren Vernetzung von Sparrenburg und Zentrum
- Entwicklung Campus: Konzept zur künftigen Nutzung der bisherigen FH-Standorte
- Innenstadt der Zukunft: Planung Jahnplatz und Umgebung
- Stadtbezirke: Konzepte, um den unterschiedlichen Entwicklungen (Versorgung, Infrastruktur usw.) zu begegnen

Bisher liegen noch keine Informationen über die anderen Projektpartner vor, aber es sei ein Netzwerk von bis zu 12 Partnern geplant.

Eindhoven beabsichtige, einen Antrag für das „Urbact“-Programm zu stellen. Die Förderung bei Urbact-Projekten betrage 70%. Der 30%-Eigenanteil könne aus Personalkostenerstattungen gedeckt werden.

Der Antrag müsse vom Lead-Partner bis zum 15.03.12 eingereicht werden. In dieser ersten Phase müssen die interessierten Partner weder detaillierte Beschreibungen ihrer Projektthemen noch eine Budget-Kalkulation erstellen. Es würde lediglich ein „letter of intent“ (Absichtserklärung) abgegeben werden, der aber noch nicht verpflichtend sei. Konkret werde es erst in der zweiten Phase, d.h. nach dem 15.03.12, so dass dann auch damit begonnen werden könnte, die politischen Gremien einzubinden.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Planungsstand Neumarkt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3681/2009-2014

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2012 :

Welche Maßnahmen und sind wann aus Sicht der Verwaltung für die

Attraktivierung des Neumarkts geplant?

Zusatzfrage: Wie und wann sollen die Ergebnisse des studentischen Ideenwettbewerbs in die anstehenden Beratungen einfließen?

Herr Moss teilt mit, dass er die Antwort splitten möchte und sich im nicht öffentlichen Teil auch darauf beziehen werde. Bei den Planungen zur Umgestaltung des Kesselbrinks habe man bereits zu einem frühen Zeitpunkt auf die Infrastruktur um den Kesselbrink herum größten Wert gelegt. Sämtliche Buslinien aus dem Osten sollen die Möglichkeit haben, den Neumarkt anzufahren. Die Haltestellen werden so eingerichtet, dass der Neumarkt fußläufig schnell erreichbar wäre.

Weiter erinnert er daran, dass ein Auftrag an den Architekten Bruns vergeben wurde, wie die Nutzung zukünftig vorstellbar sei. Weiter habe es einen studentischen Ideenwettbewerb, der durch die BGW begleitet wurde, gegeben. Die Ergebnisse können in einer Sondersitzung gerne vorgestellt werden.

Herr Schmelz schlägt vor, den Bereich des Neumarktes in den Masterplan mit aufzunehmen.

Frau Weiß stellt fest, dass die Platzgestaltung des Neumarktes nicht gerade attraktiv sei. Sie fragt, ob es Ideen für attraktivere Wegebeziehungen gebe, wo jetzt die Stadtbibliothek eröffnet wird.

Herr Moss möchte dieses im nicht öffentlichen Teil weiter beraten.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Stand Ringbuslinie

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3682/2009-2014

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2012:

Wie ist der Stand der Umsetzung des im Stadtentwicklungsausschuss im März 2011 beschlossenen Prüfauftrags für eine Ringbuslinie, die auch die neue Stadtbibliothek bedienen soll?

Herr Thiel teilt mit, dass die Verwaltung beabsichtige, in Abstimmung mit moBiel, in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses im März 2012 verschiedene Vorschläge eines Betriebskonzeptes einer Ringbuslinie zur Beratung und ggf. Beschlussfassung vorzustellen.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Masterplan Innenstadt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3683/2009-2014

Anfrage der Bürgernähe-Gruppe vom 14.02.2012:

1. *Was spricht aus Sicht der Verwaltung dagegen, die Bielefelder Innenstadt zukünftig in östlicher Richtung u. a. um die Bereiche Hauptpost, Stadthalle, Neues Bahnhofsviertel, bis zur Feilenstraße, in westlicher Richtung bis zur August-Bebel-Straße zu definieren und in die Entwicklung eines Masterplans Innenstadt mit einzubeziehen?*

Herr Fortmeier schlägt vor, diese Anfrage unter TOP 14 (Masterplan Innenstadt Bielefeld) zu behandeln.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 4 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Zu Punkt 4.1 Stadtbahnbetrieb im Dürkoppquartier und in der Nikolaus-Dürkopp-Straße - Ergebnis der Variantenuntersuchung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3152/2009-2014

Herr Fortmeier begrüßt Herrn Steinbrecher und Herrn Artschwager von moBiel zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Thiel leitet ein, dass zu dieser Thematik Herr Dr. Sparmann von der Firma TTK, Karlsruhe, in der letzten Sitzung einen ausführlichen Vortrag gehalten habe. Herr Dr. Sparmann habe deutlich gemacht, dass es immer mit Nachteilen verbunden sei, wenn eine neue Stadtbahn in einen gewachsenen Bereich zu integrieren wäre. Von daher spiegele das Bewertungsergebnis diese Problematik wieder. Er habe aber auch deutlich gemacht, dass die Lösung, die Linie 4 im Gelände Dürkopp Tor 6 enden zu lassen doch die beste Lösung ist. Die Bezirksvertretung Mitte habe in der letzten Sitzung den Verwaltungsvorschlag abgelehnt.

Herr Bolte teilt mit, dass nach der Potentialanalyse der Fa. TTK die Lösung Dürkopp Tor 6 vor allem betrieblichen Notwendigkeiten diene. Herr Dr. Sparmann habe ausgesagt, dass Stumpfgleise in der Innenstadt „Suboptimal“ seien und durchgängige Linienführungen besser sind. Außerdem befinden sich in Bielefeld in der Innenstadt bereits 2 Stumpfgleise (Am Niederwall und an der Kunsthalle). Gemäß der Untersuchung der TTK sei das Ergebnis zum Tor 6 negativ. Es gebe einen Zeitpunkt, an dem es mit den Planungen von moBiel nicht weitergehen darf. Außerdem bemängelt er fehlende Bürgerbeteiligung

bei der Entscheidung zu Tor 6. Er fragt, ob Bürgerbeteiligung nicht notwendig sei, wenn eine grüne Ratsfrau Aufsichtsratsvorsitzende von moBiel sei. Die FDP respektiere den negativen Beschluss der Bezirksvertretung Mitte. Abschließend stelle er fest, dass moBiel für Bielefeld da sei und nicht Bielefeld für moBiel.

Herr Schmelz stellt fest, dass das TTK-Gutachten sehr transparent sei. Der Gutachter habe eine eigene Bewertung vorgenommen. Man habe dieses Gutachten mehreren sachkundigen Personen vorgelegt. Alle seien zu dem Ergebnis gekommen, dass Dürkopp Tor 6 die schlechtere Variante sei. Die Investition von 2,77 Millionen € für die Dürkopp Tor 6 und von 1,5 Millionen € für die Nikolaus-Dürkopp-Straße dürfe man nicht gleich bewerten. Es sei schade, dass man nicht den Auftrag gegeben habe, eine sinnvollere Lösung zu finden. Wenn es heute zu einem knappen Ergebnis komme und unter Berücksichtigung der Ablehnung der Bezirksvertretung Mitte, so sei dieses ein schlechter Einstieg. Nach der sehr sehr langen Diskussion sollte heute keine Entscheidung getroffen werden. Er schlage vor, einem Gutachter erneut den Auftrag zu geben, die Weiterführung der Linie 4 noch einmal gutachterlich zu prüfen. Er stelle daher folgenden **Antrag**:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, dass ein externer Gutachter eine Lösung für die Weiterführung der Linie 4 nach der Haltestelle Rathaus erarbeitet, und zwar unter Einbezug eines Konzeptes für die zukünftige Führung der Linie 5 und möglichen anderen Verknüpfungen der bestehenden Stadtbahnstränge.

Frau Pape stellt fest, dass dieses Thema inzwischen ausdiskutiert sei. Im Ergebnis hätten sich beide Varianten als schlecht herausgestellt. Die BFB werde sich gegen die Verwaltungsvorlage aussprechen.

Herr Julkowski-Keppler bezieht sich auf die Aussage von Herrn Bolte, dass das durchgeführte Verfahren nicht bürgernah gewesen sei. Man habe jetzt lange diskutiert und mehrere Termine mit moBiel vor Ort gehabt. Seine Fraktion sei bei Bürgerversammlungen und Bürgerinitiativen dabei gewesen. Die betriebliche Notwendigkeit werde von seiner Fraktion gesehen. Man halte es für besser, eine akzeptable Haltestelle einzurichten. Ein Stumpfgleis sei städtebaulich nicht sinnvoll. Eine solche Haltestelle bringe auch Vorteile ins Quartier und erfülle Erschließungsfunktionen. Die Vorlage sei entscheidungsreif und seine Fraktion werde ihr zustimmen.

Herr Grube teilt mit, dass er sich eine andere Lösung hätte vorstellen können, er müsse aber die Meinung der SPD-Fraktion vertreten. Es seien zwar 14 Alternativen untersucht worden, moBiel habe aber von vornherein auf diese Lösung gesetzt. Dieses sei ein lehrreiches Stück für ihn für die Zukunft. Trotzdem habe moBiel ein Verkehrssystem errichtet, um dass die Stadt Bielefeld von vielen beneidet werde. Die Stadtbahn sei ein Erfolgsmodell. Das Ergebnis des Gutachtens spiegle die schwierige Entscheidung wieder. Wenn man zwischen mangelhaft und ungenügend entscheiden müsse, entscheide man sich für mangelhaft. Man habe keine andere Wahl mehr, weil die Zuverlässigkeit im Betriebssystem zu gewährleisten sei. Er weise jedoch daraufhin, dass die Betroffenen im Planfeststellungsverfahren noch eingreifen können.

Herr Meichsner verweist auf die Kontinuität der CDU-Fraktion von der Bezirksvertretung über den Stadtentwicklungsausschuss bis zum Rat. Was heute gewünscht werde, habe seine Fraktion im vergangenen Jahr gefordert. Es war jedoch nicht gewollt, weitere Alternativen zu untersuchen. Man wollte sich lediglich eine Bestätigung durch den Gutachter holen.

Er finde es schade und traurig, dass die möglichen Chancen nicht genutzt wurden. Auf dem Dürkoppgelände wurde eine Industriebrache neu entwickelt für Wohnen in Arbeitsnähe. Mit den öffentlichen Grünflächen entwickelte sich dieses Projekt so, dass es sogar EXPO würdig war. Der damalige Stadtentwicklungsausschuss habe beschlossen die Trassenführung der Stadtbahnlinie nach Heepen durch das Plangebiet „Dürkopp Tor 6“ zur Teutoburger Straße nicht weiter zu verfolgen. Aufgrund dieses Beschlusses sind die Häuser ohne zusätzliche Maßnahmen errichtet worden und bei der Ausrichtung der Balkone habe man keine Rücksicht auf eine evtl. Stadtbahn genommen. Er hoffe noch auf ein Umdenken, damit man gemeinsam überlegen könne, wie an einer verträglichen Stelle eine Lösung gefunden wird. Er frage was ist, wenn das Planfeststellungsverfahren damit endet, dass eine neue Lösung gefunden werden muss.

Herr Ridder-Wilkens äußert Verständnis für den Prozess der Anwohner wegen höherer Lärm- und Bodenimmissionen. Vorrang habe jedoch ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr und eine störungsfreie Linie 4. Dieses führe auch zu weniger Autos in der Innenstadt. Langfristig hoffe er auf einen ÖPNV zum Nulltarif.

Herr Hoffmann bezieht sich auf die Aussage von Herrn Grube, dass man in der städtebaulichen Angelegenheit keine Wahl habe. Es gebe immer eine Wahl und Alternativen. Zu einer Info-Veranstaltung seiner Fraktion war moBiel eingeladen und habe 14 Modelle vorgestellt. Die Aussage, dass man ernsthaft geprüft habe und nur eine Variante in Betracht komme mache ihn fassungslos. Es handele sich um ein schönes Wohngebiet und die Anwohner seien unter anderen Voraussetzungen dort hingezogen. Dieses dürfe man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Herr Franz erinnert, dass dieses Projekt zunächst 2008 angestoßen, dann aber zurückgestellt wurde. Seit einem Jahr werde jetzt die Thematik diskutiert. Das Hauptproblem sei, wo man im innerstädtischen Bereich Flächen für ein solches Betriebsgleis finden könne. Nach der öffentlichen Kritik habe man erst Transparenz über die verschiedenen Nachteile erhalten. Es müsse jedoch eine Entscheidung getroffen werden, man könne nicht „nein“ sagen und keine Alternativen anbieten. Für die Anwohner müssen Lösungen mit einer größtmöglichen Verträglichkeit gefunden werden.

Herr Fortmeier merkt zu der Aussage von Herrn Hoffmann an, dass sie alle ehrenamtliche Politiker seien und sich darauf verlassen müssen, dass die Verwaltung und moBiel ernsthaft gearbeitet haben.

Herr Fortmeier lässt zunächst über den Antrag von Herrn Schmelz abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, dass ein externer Gutachter eine Lösung für die Weiterführung der Linie 4 nach der Haltestelle Rathaus erarbeitet, und zwar unter Einbezug eines Konzeptes für die zukünftige Führung der Linie 5 und möglichen anderen Verknüpfungen der bestehenden Stadtbahnstränge.

dagegen: 9 Stimmen
 Enthaltungen: 6 Stimmen
 - einstimmig abgelehnt -

Über den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

1. Für den neuen Endpunkt der Stadtbahnlinie 4 wird eine kurze Verlängerung in das Gelände Dürkopp Tor 6 mit der Anlage eines Hochbahnsteiges (Variante 1) beschlossen.
2. Das Planfeststellungsverfahren wird auf Basis der vorliegenden Planung bezüglich der Gleislagen und der Lage des Hochbahnsteiges bei der Bezirksregierung Detmold eingeleitet.

dafür: 8 Stimmen
 dagegen: 7 Stimmen
 - mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 4.2 Verlängerung des Südrings - Aufgabe des Planungsvorhabens

Beratungsgrundlage:
 Drucksachennummer: 3301/2009-2014

- abgesetzt -

Zu Punkt 4.3 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/1/21.00 (Regenrückhaltebecken Bolbrinkersweg) für Teilflächen des Gebietes nordöstlich der Friedrich-List-Straße/ südlich des Bolbrinkersweg im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB
- Stadtbezirk Gadderbaum -
Entwurfsbeschluss

Beratungsgrundlage:
 Drucksachennummer: 3422/2009-2014

Herr Nettelstroth teilt mit, dass der Vorlage zugestimmt werde. Weiter beziehe er sich auf einen Ortstermin in der letzten Woche zur Luttersanierung, wo die Rückstauproblematik angesprochen wurde. Hierzu sollte dieses Regenrückhaltebecken auch untersucht werden.

Anmerkung:

Herr Haver vom Umweltbetrieb hat hierzu mitgeteilt, dass im Rahmen der Luttersanierung verschiedene Beckenstandorte untersucht wurden. Unter anderem wurde auch der Standort Bollbrinkersweg (Erweiterungsfläche/Angebot Firma Oetker) gutachterlich bewertet. Allerdings ergaben sich für die Problematik Lutter im Altstadtbereich keine signifikanten Verbesserungen.

Beschluss:

1. Die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/1/21.00 wird mit der Begründung gemäß § 2a Baugesetzbuch (BauGB) als **Entwurf** beschlossen.
2. Der Entwurf der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/1/21.00 ist mit der Begründung für die Dauer eines Monats gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen. Die Auslegung ist gemäß § 3 (2) BauGB bekannt zu machen.
3. Gemäß § 4 (2) BauGB sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Die Beteiligung der Behörden erfolgt gemäß § 4a (2) BauGB parallel zur Beteiligung der Öffentlichkeit (öffentliche Auslegung) gemäß § 3 (2) BauGB.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Anträge

- keine -

Umweltamt

Zu Punkt 6

Teilnahme der Stadt Bielefeld am bundesweiten Städtewettbewerb "Stadtradeln" des Klima-Bündnisses

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3586/2009-2014

Frau Pape stellt fest, dass Radfahren sicherlich gesund und umweltfreundlich sei. Sie frage jedoch, ob wir diese Aktion benötigen. Sie sehe, dass weitere Bürokratie aufgebaut werde, wenn Statistiken über

gefährrene Kilometer erstellt werden. Auch sei es nicht umweltfreundlich, wenn Flyer gedruckt werden. Da die Webseite auch als Forum für Werbepartner genutzt werde, sehe dieses alles nach einer Werbeveranstaltung aus. Sie werde gegen diese Vorlage stimmen.

Herr Julkowski-Keppler hält es für bemerkenswert, mit wie wenig Geld die Menschen zum Rad fahren aufgefordert werden können. Es sei kein großer Geldbetrag, der für die Erstellung der Flyer aufgebracht wird. Eine Statistik zum Fahrrad fahren halte er für sinnvoll.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Anmeldung der Stadt Bielefeld am bundesweiten Wettbewerb „Stadtradeln“ für das Jahr 2012 und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Aktion. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt eine rege Teilnahme der Bielefelder Bürgerinnen und Bürger und wünscht gleichermaßen eine Beteiligung der gewählten politischen Vertreterinnen und Vertreter.

dafür: 9 Stimmen
dagegen: 6 Stimmen
- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 7 Bericht zum internen Audit European Energy Award (eea®)

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 3606/2009-2014

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Zu Punkt Amt für Verkehr

Zu Punkt 8 Verkehrliche Entlastung Oldentruper Kreuz -Synopsis der untersuchten Varianten-

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 3475/2009-2014

Herr Moss teilt mit, dass die Bezirksvertretung Heepen am 09.02.2012 folgenden Beschluss einstimmig gefasst habe:

1. *Die Bezirksvertretung nimmt die Synopsis der untersuchten Varianten zur verkehrlichen Entlastung des Oldentruper Kreuzes zur Kenntnis.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Realisierbarkeit der Varianten 1 und 3 detailliert zu untersuchen und der Bezirksvertretung bis zur Sommerpause das Ergebnis vorzustellen.*

Herr Moss und Herr Thiel hätten gestern ein Gespräch mit einem Vertreter der Firma Edeka geführt. Das Ergebnis sei, dass die Firma Edeka weiter über die Variante 1 sprechen möchte.

Herr Thiel teilt im Bezug auf die Variante 3 mit, dass es Planungen des Umweltamtes gebe, den Meierbach zu renaturieren. Der Bachlauf sei bisher verrohrt und werde unter der Deponie durchgeführt. Beide Vorhaben können sich behindern und Zusatzkosten hervorrufen.

Herr Diembeck ist erfreut zu hören, dass die Variante 1 noch möglich ist. Er sei bisher der Meinung gewesen, dass es sich bei der Variante 1 um die beste Möglichkeit handle, diese aber nicht realisierbar sei.

Er schlage vor, parallel zu planen und ein realistisches Zeitfenster zu schaffen. Durch den Meierbach werde ein zusätzliches Problem hinsichtlich des Naturschutzes geschaffen. Die Planung solle auf mindestens 2 Standbeinen stehen.

Herr Nettelstroth stimmt Herrn Diembeck zu und würde auch dem Heeper Beschluss zustimmen.

Die Verkehrsführung bei der Variante 1 würde eine Nulllösung bringen. Eine wahre Entlastung könne nur durch die Variante 3 erreicht werden. Er wünsche den Oldentrupern eine wirkliche Entlastung. Er finde es gut, dass sich die Firma Edeka bewege. Das Umweltamt solle sich aber auch flexibel zeigen.

Herr Hoffmann teilt mit, dass er als Stieghorster an der Sitzung in Heepen teilgenommen habe. Es müssen auch die Auswirkungen auf andere Stadtbezirke gesehen werden. Die Lösung müsse allen gerecht werden.

Herr Julkowski-Keppler stellt fest, dass jetzt verschiedene Beschlüsse vorliegen. Er schlage vor, den Heeper Beschluss weiter zu verfolgen. Die Variante 1 scheine von der Konzeption her am schnellsten zu realisieren sein.

Herr Moss teilt mit, dass die Varianten 1 und 3 geprüft werden. Zur Variante 1 gebe es 2 mögliche Untervarianten. Hier seien weitere Gespräche zu führen, da auch komplizierte Grundstücksbesitzverhältnisse vorliegen.

Herr Fortmeier stellt abschließend fest, dass die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses dem Beschluss der Bezirksvertretung Heepen folgen. Die Realisierbarkeit der Varianten 1 und 3 soll detailliert untersucht werden.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 9

Rückbau der Paderborner Straße zwischen Ramsbrockring

und Vennhofallee**Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 3576/2009-2014

Herr Nettelstroth wirbt für dieses Vorhaben. Er frage nach einer möglichen Stadtbahntrasse. Es dürfe nicht passieren, dass wegen Baumanpflanzungen eine Stadtbahntrasse nicht möglich wird. Er **beantrage** eine Beschlussergänzung, dass eine Stadtbahntrasse weiterhin bis zum Ortskern möglich sein soll.

Herr Fortmeier stellt den Beschlussvorschlag mit dem Zusatz, dass eine zukünftige Stadtbahntrasse zu berücksichtigen ist, zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss begrüßt den vorgesehenen Rückbau der L 756 (Paderborner Straße) auf jeweils eine Fahrspur je Richtung zwischen Sennestadtring und Vennhofallee. Hierbei soll in einer 1. Umbaustufe die Einziehung der Fahrspuren mittels Markierung und punktuellen Baumpflanzungen nach Verkehrsfreigabe des Abschnittes 5B der A 33 erfolgen. Außerdem ist eine zukünftige Stadtbahntrasse zu berücksichtigen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10**Beitritt der Stadt Bielefeld zum Aktionsbündnis A 33 SOFORT e. V.****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 3608/2009-2014/1

Herr Moss bezieht sich auf die Nachtragsvorlage, die heute als Tischvorlage verteilt wurde. In den Kopf der Beschlussvorlage wurde unter Gremium der Haupt- und Beteiligungsausschuss eingesetzt. Nur dieser dürfe über eine solche Mitgliedschaft entscheiden.

Herr Ridder-Wilkens sieht keinen Nutzen für die Stadt und fragt wer die Kosten von 3,33 € pro Jahr zahlen soll, wenn sich die Stadt im Nothaushalt befinde.

Herr Schmelz fordert, dass man sich eindeutig positionieren müsse. Man müsse sich entscheiden, ob man den Ausbau alter Straßen möchte oder eine Unterstützung des ÖPNV.

Herr Julkowski-Keppler stellt fest, dass die Planungen zu diesem Thema gelaufen seien. Die 3,33 € können gerne beigesteuert werden.

Herr Moss warnt davor, dass es durch die Luftreinhalteplanung in der Stadt Halle zu negativen Auswirkungen auf den Bereich Ummeln kommen könne. Von daher sei der durchgängige Bau der A33 für die Stadt Bielefeld sehr wichtig und der Beitritt zum Aktionsbündnis A33

SOFORT gerechtfertigt.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Haupt- und Beteiligungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Bielefeld bekennt sich zum „Aktionsbündnis A 33 SOFORT e. V.“ und unterstützt dessen Ziele durch eine Mitgliedschaft.

dafür: 14 Stimmen
 dagegen: 1 Stimme
 - mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 Öffentliche Straßenbeleuchtung - LED-Leuchten in Wohn- und Anliegerstraßen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3646/2009-2014

Herr Meichsner **beantragt**, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

Zu 1.: hier soll nach „Anliegerstraßen“ eingefügt werden: mit Ausnahme der im Rahmen von Wettbewerben und Erhaltungssatzungen festgelegten Bereiche sowie Gebiete von besonderer historischer Bebauung in Bielefeld.....

Zu 3.: Bei Straßen, die das Aufstellen zusätzlicher Leuchten aufgrund Ihrer Breite erforderlich machen würde, ist der Austausch so lange zurückzustellen bis entweder Lampentypen entwickelt worden sind, die die Anforderungen einer angemessenen Ausleuchtung erfüllen.

4. Der Stadtentwicklungsausschuss begrüßt die Absicht, mit der Universität in interdisziplinärer Zusammenarbeit Erkenntnisse in den „technischen, wirtschaftlichen sowie wahrnehmungspsychologischen Disziplinen“ zu gewinnen und geht von einer zeitnahen Berichterstattung über die Erkenntnisse aus.

Herr Moss teilt mit, dass man zu dieser Vorlage auch den Arbeitskreis „Beleuchtung“ einberufen habe. Die Nummer 1 und 4 des Ergänzungsvorschlages seien konkludent zu dem, was in der Vorlage stehe. Mit der Änderung zu Nummer 3 habe er ein Problem, dass im Arbeitskreis bereits erläutert wurde. Es werden keine Anliegerbeiträge erhoben, wenn erst die Leuchtkörper ausgetauscht werden. Wenn also erst der Leuchtenkopf gewechselt werde und dann später ein Mastenaustausch erfolge, so sei dieses nicht beitragsfähig nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG). Es gebe jedoch den Sonderfall, wenn Leuchten auf Grund zu großer Mastabstände fehlen und Mast und Leuchte für eine gleichmäßigere Ausleuchtung nachgerüstet werden, so handele es sich um eine erstmalige Herstellung. Man würde jedoch

Abschnitte bilden und dann alle Anwohner heranziehen. An Kosten entstehen rd. 2.800,00 € für einen Masten mit Leuchte. Dieses könne eine Anwohnerschaft verkraften.

Herr Meichsner weist darauf hin, dass es in Bielefeld einige Straßen gebe, die nicht ausreichend beleuchtet seien, z. B. die Gerichtstraße. Hier sollen erst neue Leuchten gesetzt werden, wenn die Straße erneuert wird. Für die Zukunft bitte er darauf zu achten, dass die Bürger nicht zusätzlich belastet werden.

Herr Schütte teilt mit, dass man sich letztes Jahr bemüht habe, so viele Leuchten wie möglich auszutauschen, um den hohen Fördersatz von 40% des Bundesumweltministeriums ausschöpfen zu können. Wenn mit diesem Austausch z. B. erst nach dem Jahr 2015 begonnen worden wäre und dann gleichzeitig die alten Maste hätten getauscht werden müssen, hätte dies für den Bürger eine Beitragspflicht gemäß KAG nach sich gezogen.

Herr Nettelstroth bemerkt, dass es auch die besondere Situation der breiten Straße gebe. Wenn hier neue Leuchten aufgestellt werden, werde nur die gleiche Leuchtwirkung wie vorher erreicht. Der Bürger sage, vorher war es hell, jetzt gibt es neue Lampen, und es ist nicht mehr hell. Dafür werden neue Leuchten aufgestellt, für die gezahlt werden müsse. Die Ansicht des Bürgers sei für ihn verständlich und nachvollziehbar.

Herr Moss und Herr Schütte erläutern anhand von Bildern die Auswirkungen von verschiedenen Leuchten und Linsen. Speziell die von der Firma we-ef bereits im Dezember 2011 angekündigte Weiterentwicklung der Linsenform für den Einsatz in breiteren Straßenquerschnitten ergibt eine bessere und gleichmäßigere Ausleuchtung der Verkehrsflächen, wie es ein Test am 16.02.2012 in der Cranachstraße bestätigte. Die an diesem Tag in verschiedenen Abständen von der Leuchte gemessene Beleuchtungsstärke belegt nochmals, dass die neuen LED-Leuchten tatsächlich heller als die alten Pilz-Opalglasleuchten sind. Hierdurch werden jedoch bei zu großen Mastabständen die Hell-Dunkel-Unterschiede subjektiv stärker als früher wahrgenommen.

Herr Meichsner ist bereit, die Nummer 3 seines Ergänzungsantrages zurückzuziehen.

Herr Fortmeier stellt den um den Antrag von Herrn Meichsner erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

- 1. Ein Förderantrag zum weiteren Austausch der verbleibenden ca. 5.300 Pilz-Opalglas- und Kugelglasleuchten in Wohn- und Anliegerstraßen, mit Ausnahme der im Rahmen von Wettbewerben und Erhaltungssatzungen festgelegten Bereiche sowie Gebiete von besonderer historischer Bebauung in Bielefeld, soll kurzfristig beim Bundesumweltministerium gestellt werden.**

2. **Zusätzliche Optimierungsmöglichkeiten sollen durch den Einsatz weiterentwickelter Linsen, zusätzlicher LED-Riegel oder die Aufstellung von höheren Masten in besonders breiten Straßen bzw. an Wendeplätzen genutzt werden.**
3. **Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten soll kurzfristig in Verbindung mit dem Mastsanierungsprogramm mit dem Aufstellen zusätzlicher Leuchten begonnen werden, um die Hell-Dunkel-Zonen bei bisher zu großen Mastabständen zu v e r r i n g e r n .**
4. **Der Stadtentwicklungsausschuss begrüßt die Absicht, mit der Universität in interdisziplinärer Zusammenarbeit Erkenntnisse in den „technischen, wirtschaftlichen sowie wahrnehmungspsychologischen Disziplinen“ zu gewinnen und geht von einer zeitnahen Berichterstattung über die Erkenntnisse aus.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12 Untersuchung Radverkehrsnetz Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3590/2009-2014

Herr Spree stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Untersuchung des Radverkehrsnetzes Bielefeld vor.

Herr Moss bezieht sich auf das Defizit von 3,4 Millionen Euro als vorläufigen Investitionsbedarf zur Mängelbeseitigung am Radverkehrsnetz. Er bittet im Hinblick auf die politischen Beratungen zum Haushalt diesen Investitionsbedarf zu berücksichtigen.

Herr Meichsner stellt fest, dass Radfahrer einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz tragen. Er schlägt daher vor, aus dem „Klimatopf“ die größten Mängel zu beheben. Bei einem Radverkehrsnetz mit solchen Mängeln verdiene Bielefeld nicht den Titel „fahrradfreundliche Stadt“.

Frau Pape fragt, ob sich, nachdem die Benutzungspflicht für Radwege geändert wurde, auch die Anforderungen an einen Radweg geändert haben.

Herr Julkowski-Keppler bittet um mehr Fantasie zur Finanzierung der Mängelbeseitigung. Weiter fragt er, ob die Bezirke auch die Möglichkeit haben, Routen zu bestimmen.

Herr Thiel erläutert, dass bei der Radwegebenutzungspflicht bestimmte Qualitätsanforderungen an den Radweg gestellt werden. Wenn diese Qualität nicht gegeben ist, werden die Schilder abgebaut und der Radfahrer dürfe auch die Straße benutzen. Insgesamt werde Hinweisen auf kritische Situationen nachgegangen. Man versuche so nach und nach die schwierigen Stellen abzuarbeiten.

Herr Spree teilt mit, dass die Überprüfung der Benutzungspflicht keine Auswirkungen auf das Radwegenetz gehabt habe. Früher habe man viele Schilder aufgestellt, um die Radfahrer von der Straße zu bekommen. Nachdem sich die Straßenverkehrsordnung und die zugehörige Verwaltungsvorschriften geändert haben, werden bei nicht geeigneten Radwegen die Schilder abgehängt. Die Identifizierung der Haupttrouten habe ein halbes Jahr gedauert. Hier habe eine Abstimmung mit anderen Ämtern und den Radverkehrsverbänden stattgefunden.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 13.1

Demografischer Wandel und ÖPNV
Prognose des zukünftigen Mobilitätsverhaltens und
Entwicklung von Szenarien für die zukünftige
Verkehrsentwicklung und das Verkehrsaufkommen in
Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3621/2009-2014

Frau Grau bezieht sich auf die Haushaltsbefragung, die im letzten Jahr vorgestellt wurde. Im Rahmen des EU-Projekts BAPTS sei es der Stadt Bielefeld möglich geworden, diese Studie in Auftrag zu geben. Als Fazit teilt sie mit, dass ein Generationswechsel anstehe. Es werde weniger Schüler und Jugendliche geben. Die ÖPNV-Nutzung werde erheblich zurückgehen und ein Mobilitätswandel wird stattfinden. Der ÖPNV werde abnehmen, wenn nichts passiere. Man müsse eingreifen und die Bevölkerungsgruppe der 20 bis 40jährigen verstärkt für den ÖPNV motivieren.

Herr Meichsner teilt mit, dass in dieser Vorlage eigentlich nichts Neues drin stehe. Dass die ÖPNV-Nutzer zurückgehen, sei ihm durch Untersuchungen des Zweckverbandes bereits hinreichend bekannt. Interessant sei, welche Maßnahmen man ergreifen wolle.

Herr Schmelz zeigt sich enttäuscht vom Ergebnis der Studie. Die Ergebnisse seien banal und bekannt. Es müsse gefragt werden, welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden.

Frau Weiß stellt fest, dass die Zielgruppen orientierten Konsequenzen in dieser Vorlage sehr kurz gehalten seien. Sie stelle jedoch den Trend fest, dass jüngere Leute nicht so sehr auf das Auto fokussiert seien.

Frau Grau teilt mit, dass ihr keine Kommune bekannt sei, die eine solche Studie habe. Bei der Vorlage handele es sich um eine Kurzfassung der Untersuchung. Für den ÖPNV werden große Investitionen für die Zukunft geplant. Dafür es sehr wichtig, dass eine solche Studie vorliege.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

**Zu Punkt 13.2 Technisches Dienstleistungszentrum -
Stellplatznachweis und Konzept zur Parkraumbewirtschaftung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3628/2009-2014

Herr Fortmeier weist darauf hin, dass diese Vorlage mit der Drucksachen-Nr. 3628/2009-2014 zunächst als TOP 31 im nicht öffentlichen Teil vorgesehen war.

Herr Moss ergänzt, dass diese Vorlage im BISB auch nicht öffentlich beraten worden sei. Es bestehen jedoch keine Bedenken, diese Vorlage öffentlich zu beraten.

Herr Meichsner fordert ein Gesamtkonzept zur Parkraumbewirtschaftung. Es sollen immer mehr Einkaufsflächen, mehr Büros usw. entstehen. Es sei jedoch fraglich, wo die Menschen parken sollen.

Herr Moss entgegnet, dass es sich hier um eine gesamträumliche Frage handele, die auch im Rahmen des Masterplanes abgearbeitet werde.

Herr Fortmeier weist darauf hin, dass der Beschluss vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Mitte gefasst werde. Unter Nr. 1 des Beschlussvorschlages müsse es heißen, dass der Stadtentwicklungsausschuss beschließe und unter Nr. 2 empfehle der Stadtentwicklungsausschuss. Der so abgeänderte Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. **Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Mitte, dass der Nachweis für die nach Baurecht erforderlichen Stellplätze für das Technische Dienstleistungszentrum (TDLZ) in der Tiefgarage Kesselbrink erfolgt, soweit die Parkplätze nicht direkt am Standort des TDLZ nachgewiesen werden können.**
2. **Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt der Betriebsleitung des ISB, das nachfolgend beschriebene Konzept zur Parkraumbewirtschaftung für das TDLZ, das insbesondere die verstärkte Nutzung eines Car-Sharing-Angebotes vorsieht, sowie zur Sicherstellung des Dienstverkehrs am Standort Technisches Dienstleistungszentrum weiterzuentwickeln und umzusetzen.**

- einstimmig beschlossen -

...-

Bauamt

**Zu Punkt 14 Masterplan Innenstadt Bielefeld
- Verfahren**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3656/2009-2014

Herr Temmen stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation ausführlich das vorgeschlagene Verfahren und die Prozessstruktur zur Entwicklung des Masterplanes Innenstadt Bielefeld in fünf Arbeitsphasen vor. Im Rahmen der Präsentation werden auch die inhaltlichen Fragen, die die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Fraktion eingereicht haben beantwortet.

Herr Blankemeyer ergänzt, dass der Prozess zur Erarbeitung des Masterplanes Innenstadt möglichst zügig durchgeführt werden soll. Soweit der komplexe und offene Prozess zum jetzigen Zeitpunkt kalkulierbar ist, werde ein Zeitrahmen von eineinhalb bis zwei Jahren als möglich erachtet; dies gilt ab Beauftragung des Masterplaners und unter der Prämisse zügiger Durchführungen von erforderlichen Gutachten und eines geordneten Verfahrens.

Frau Weiß bedankt sich für die ausführliche Erläuterung der Vorlage. Sie fragt nach dem Verhältnis zwischen dem Masterplan und der Projektplanung, die konkret laufe. Es sei kaum vorstellbar, dass die MFI und die ECE jetzt 2 Jahre warten, bis der Masterplan fertig gestellt sei. Weiter frage sie, warum noch ein Innenstadtforum gebraucht werde, wenn es bereits eine Innenstadtkonferenz gebe. Sie schlage vor, die Vorlage heute in erster Lesung zu beraten. Es sei bekannt, dass ihre Fraktion nicht besonders freudig auf Investoren reagiert habe, die Stadtquartiere abreißen wollen. Für das Quartier in der Wilhelmstraße müssen auch Alternativen verfolgt werden.

Herr Ridder-Wilkens teilt mit, dass er dem Masterplan nicht ergebnisoffen gegenüber stehe. Die Stadt brauche kein Shoppingcenter. Er schlage auch für heute eine erste Lesung vor, ansonsten werde er die Vorlage ablehnen.

Herr Meichsner fragt, ob die Bürgerbeteiligung zieloffen oder mit Rahmenvorgaben durchgeführt werden soll. Es stelle sich für ihn die Frage, inwieweit schon Verpflichtungen eingegangen wurden. Angeblich habe die Stadt Bielefeld bisher keine Zusagen erteilt.

Herr Grube weist darauf hin, dass sich durch solche Beschlüsse Bielefeld gewaltig verändern werde. Er appelliere daher, kluge Beschlüsse zu fassen. Er gehe auch davon aus, dass es sich um ein offenes Verfahren handele. Inzwischen habe man einige Erfahrung mit Bürgerbeteiligungen. Die Bürger reagieren vernünftig, wenn ihnen die Wahrheit sage. Für ihn stelle sich auch die Frage, was machen die Investoren, wenn die Aufstellung des Masterplanes 1 ½ bis 2 Jahre dauere.

Herr Schmelz bemängelt, dass „die Grünen“ zur Entwicklung der Wilhelmstraße bereits mehrere öffentliche Veranstaltungen durchgeführt haben. Auch wenn er Einladungen erhalten habe, so sei festzustellen, dass es einem ehrenamtlichen Politiker nicht zuzumuten sei, zu allen Veranstaltungen zu gehen. Deshalb habe er den Antrag gestellt, dass die Verwaltung eine öffentliche Veranstaltung durchführe, bei der alle Interessen beraten werden und die nächsten Schritte zu planen sind.

Herr Nettelstroth bedankt sich bei der Verwaltung, die aufgezeigt habe, wie wichtig ein solcher Prozess sei. Er bittet darum, an das Verfahren neutral und offen heranzugehen. Hier gehe es darum, möglichst viele Menschen zu beteiligen, dann aber auch politische Entscheidungen zu treffen. Hier brauche heute keine erste Lesung durchgeführt werden. Es gehe vielmehr darum, den ersten Verfahrensschritt festzulegen. Im Ergebnis sei festzustellen, wie die Entwicklungen in dieser Stadt aussehen werden. Die Bereiche, wie die Wilhelmstraße, können zunächst angesehen werden. Als man das Bebauungsplanverfahren für die Wilhelmstraße angestoßen habe, habe ein Konsens bestanden, dass etwas passieren müsse. Immer wenn jemand mit einer Idee komme, werden viele neue Ideen eingereicht. Man müsse politisch machbares mit politisch gewünschtem vergleichen. Am Schluss müsse jedoch eine Entscheidung stehen.

Herr Moss betont, dass die Verwaltung den Masterplan in einem offenen und transparenten Beteiligungsprozess diskutieren wolle. Das Meilenstein-Prinzip solle Transparenz und Prozesskontrolle ermöglichen, er verweist auf die Bedeutung der Lenkungsgruppe. Für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und der Öffentlichkeit, von Politik, Handel, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur sowie von Verbänden, Kammern, Vereinen, Beiräten, Institutionen sieht das Verfahren unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten vor. Dass die Information der Öffentlichkeit eine hohe Priorität habe zeige auch, dass man den nicht öffentlichen Ratsbeschluss vom 15.12.2011 am 16.12.2011 den Medien an die Hand gegeben habe. Man habe die Gremien zu einem ganz frühen Zeitpunkt informiert, dass die MFI die Revitalisierung des Wilhelmstraßenquartiers anstrebe. Die Investoren seien aufgefordert worden mitzuteilen, was sie in Bielefeld planen. Er hätte den Masterplan gerne früher erarbeitet, jetzt stehe man unter Druck den Masterplan zu machen. Aus dem Masterplan können Teilaspekte rausgebrochen werden, wenn bestimmte Parameter geklärt sind. Persönlich sehe er Bielefeld als eine vitale Stadt an, die keine Shoppingcenter benötige. Er sehe es als eine sehr sportliche Aufgabe, den Masterplan in einem kurzen Zeitraum von 1 ½ bis 2 Jahren aufzustellen. Je mehr von außen rein getragen werde, je länger könne es dauern. Wenn Klärungen erfolgt seien, können Teile rausgebrochen werden um in ein geordnetes Bauleitplanverfahren zu übergehen.

Er betone, dass seitens der Stadt an keiner Stelle eine Verpflichtung eingegangen wurde. Er sehe es als Vorteil, dass über die eigene Immobilie im Wilhelmstraßenquartier das Verfahren gesteuert werden könne. Er sehe Investoren nicht als Feindbilder. Wenn ein Investor in dieser Stadt Interesse bekunde, dann werde man sich ernsthaft damit auseinandersetzen.

Auf Nachfrage von Herrn Meichsner erläutert Herr Moss, dass es sich beim Masterplan um ein informelles Planwerk handle, wie es im Baugesetzbuch vorgesehen sei. Der Masterplan ersetze nicht die qualifizierte Bauleitplanung. Der Masterplan gebe Orientierungswerte für ein späteres Bebauungsplanverfahren.

Herr Blankemeyer teilt mit, dass das Bauleitverfahren und der Masterplan parallel nebeneinander laufen können. Für die einzelnen Standortbereiche müsse die Frage nach Optionen gestellt werden. Der

Bebauungsplan werde dann sehr fein definiert und habe dann das Nutzungskonzept des Masterplanes aufzugreifen.

Herr Bolte stellt fest, dass bei jeder Art von Nutzungsentwicklung die Bedenkenträger in der Überzahl vorhanden seien. Die FDP spreche sich für ein offenes Verfahren aus. Er möchte den Blickwinkel von oben behalten. Ein Verfahren, dass durch Vorgaben das Ergebnis vorwegnehme, sei nicht wünschenswert.

Herr Meichsner möchte konkret wissen, welche Auswirkungen es habe, wenn er dem Beschlussvorschlag heute zustimme. Es habe bereits einen Masterplan gegeben, der nicht als Grundlage für städtebauliche Entwicklungen herangezogen wurde. Es scheine also unterschiedliche Rechtsqualitäten zu geben. Er frage daher, ob der Rat beschließen müsse, dass der Masterplan zur Richtschnur werde oder ob es reiche sich durch den Masterplan nur weitere Entwicklungsperspektiven aufzeigen zu lassen.

Herr Julkowski-Keppler fragt, welche Auswirkungen der 2010 getroffene Aufstellungsbeschluss zum Quartier Wilhelmstraße habe. Wie wirke das in einander? Er sehe es auch als Problem eines Masterplanes an, wenn Einzelthemen herausgebrochen werden. Er stelle jedoch fest, dass die bisherige ausgiebige Diskussion für viel Klarheit gesorgt habe im Hinblick auf die Shoppingcenter und Alternativen.

Herr Schmelz schlägt vor, den Masterplan zu entwickeln unter Einbeziehung der Entwicklungen von MFI und der folgenden Bürgerbeteiligungen.

Herr Nettelstroth werbe dafür, entspannter an die Diskussion heranzugehen. Ende des letzten Jahres habe man ganz bewusst den einstimmigen Beschluss gefasst. Man wolle alle möglichen Optionen untersuchen. Bis heute habe sich noch niemand vorgestellt, der im Wilhelmstraßenquartier Wohnbebauung anbieten möchte. Bisher habe sich nur die MFI vorgestellt, was auch im Moment diskutiert werde. Im Masterplanverfahren müsse auch untersucht werden, welche Auswirkungen auf andere Quartiere bestehen. Die Zielvorstellungen für die Wilhelmstraße habe man im Aufstellungsbeschluss formuliert. Er sehe ein Shoppingcenter auch eher kritisch. Viele Bürger werden die Auffassung haben, dass es besser ist, mehr Einkaufsflächen zur Verfügung zu haben.

Irgendwann müsse nach diesem schwierigen Abwägungsprozess eine Entscheidung getroffen werden. Man solle sich jetzt auf den Weg machen. Die Verwaltungsvorlage sei erläuterungsbedürftig gewesen, dieses sei aber ausreichend geschehen.

Herr Temmen betont, dass die Verwaltung einen politischen Auftrag benötige um handlungsfähig zu werden und eine Beteiligung der Öffentlichkeit durchführen zu können. Das vorgeschlagene Verfahren ermögliche eine rechtliche Qualifizierung des Masterplanes Innenstadt als sog. städtebauliches Entwicklungskonzept. Hierbei handele es sich um eine informelle, gebietsbezogene städtebauliche Planung, die im

Sinne der Gesamtsteuerung der Innenstädtenwicklung aufgestellt wird. Herr Temmen erläutert die rechtliche Bedeutung einer Qualifizierung als städtebauliches Entwicklungskonzept und verweist in diesem Zusammenhang auf das Beispiel des städtischen Einzelhandelskonzeptes.

Herr Blankemeyer ergänzt, dass das städtebauliche Entwicklungskonzept bei der Bauleitplanung zu berücksichtigen sei, lediglich mit städtebaulicher Begründung könne man von den Zielen eines Entwicklungskonzeptes abweichen.

Frau Weiß **beantragt** eine Sitzungsunterbrechung. Sie bemängelt, dass sich die Debatte ausschließlich auf das Wilhelmstraßenkonzept beziehe. Man müsse sich auch mit den Projekten der ECE beschäftigen.

Frau Pape teilt mit, dass sich die BfB bislang noch nicht festgelegt habe. Sie halte dieses auch für richtig, und stellt fest, zum Verfahren heute wesentlich klüger geworden zu sein. Man dürfe sich nicht durch eine vorgefasste Meinung binden. Es seien spannende Entwicklungen für die Stadt möglich. Sie werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Nettelstroth **beantragt** eine Erweiterung des Beschlussvorschlages. Der Masterplan Innenstadt soll im Beschluss als städtebauliches Entwicklungskonzept bezeichnet werden.

Sitzungsunterbrechung von 18.50 Uhr bis 19.05 Uhr

Herr Julkowski-Keppler **beantragt**, den Beschluss um einen 2. Punkt zu erweitern, der wie folgt lauten soll:

Die Verwaltung wird beauftragt, die heute vorgestellten Erläuterungen zum Masterplan Bielefeld Innenstadt bis zur nächsten Sitzung in einer Vorlage zusammenzufassen.

Es reiche nicht, wenn der heutige PowerPoint-Vortrag als Anlage zum Protokoll gegeben werde.

Herr Meichsner stellt fest, dass die Bezirksvertretung Mitte zu ihrer Sitzung am 08.03.2012 mit einbezogen werden müsse. Er sehe den heute zu treffenden Beschluss als vorbereiteten Beschluss an. Die von Herrn Julkowski-Keppler angesprochene Vorlage mit den inhaltlichen Ausführungen müsse zum 08.03. in der Bezirksvertretung Mitte vorliegen.

Herr Julkowski-Keppler stimmt diesem Vorgehen zu.

Herr Schmelz begründet den Antrag der Bürgernähe. Er habe kein Verständnis dafür, wenn heute dem Verfahrensvorschlag zu Erarbeitung des Masterplanes zugestimmt werde, und man sich dann eine erläuternde Verwaltungsvorlage einfordere. Was heute an Informationen gekommen sei, müsse noch einmal reflektiert werden.

Herr Ridder-Wilkens beantragt, zu diesem Tagesordnungspunkt heute eine 1. Lesung durchzuführen.

Beschluss:

Die Vorlage zum Masterplan Innenstadt Bielefeld soll heute in 1. Lesung beraten werden.

dafür: 1 Stimme
dagegen: 13 Stimmen
Enthaltungen: 1 Stimme
- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Herr Julkowski-Keppler **beantragt**, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die heute vorgestellten Erläuterungen zum Masterplan Bielefeld Innenstadt bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Mitte in einer Vorlage zusammenzufassen.

Herr Fortmeier stellt den um die Antrag von Herrn Julkowski-Keppler und Herrn Nettelstroth ergänzten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

- 1. Dem Verfahrensvorschlag zur Erarbeitung des Masterplanes Innenstadt als städtebauliches Entwicklungskonzept wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die heute vorgestellten Erläuterungen zum Masterplan Bielefeld Innenstadt bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Mitte in einer Vorlage zusammenzufassen.**

- bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit beschlossen -

Anschließend wird über den Antrag von Herrn Schmelz abgestimmt.

Beschluss:

- 1. Als 1. Schritt im Hinblick auf die Erarbeitung eines Masterplans für die Bielefelder Innenstadt wird eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt.**
- 2. Die Vergabe der Überarbeitung des Masterplanes Innenstadt wird ausgesetzt.**
- 3. Die derzeitige Bauleitplanung für das Quartier „Wilhelmstraße“ gemäß dem Beschluss des StEA vom 27.04.2010 wird ausgesetzt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig abgelehnt -

Bauamt/Bauleitpläne**Zu Punkt 15 Bauleitpläne Brackwede****Zu Punkt 15.1 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/B 47 "Sonstiges Sondergebiet / Gewerbegebiet Siekermanns-Hof" für den südlichen Teilbereich (Sonstiges Sondergebiet Möbel- / Einrichtungshaus)
- Stadtbezirk Brackwede -
Beschluss über Stellungnahmen
Satzungsbeschluss - Bebauungsplan**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3603/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

1. Den Anregungen der MoBiel GmbH wird stattgegeben.
2. Der Anregung der Stadt Herford wird nicht stattgegeben.
3. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zu den textlichen Festsetzungen, zur Begründung und zum Umweltbericht der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/ B47 werden beschlossen.
4. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/ B47 „Sonstiges Sondergebiet / Gewerbegebiet Siekermanns-Hof“ für den südlichen Teilbereich wird gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) mit dem Text und der Begründung einschließlich Umweltbericht als Satzung beschlossen.
5. Der Beschluss der 3.Änderung des Bebauungsplanes Nr. I / B 47 ist gem. § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen. Die Unterlagen sind zu jedermanns Einsicht bereit zu halten.

- einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 15.2 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/B 9 "Grabenkamp" für eine Teilfläche des Gebietes südöstlich der Straße "Grabenkamp" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB
- Stadtbezirk Brackwede -
Beschluss über Anregungen
Satzungsbeschluss**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3439/2009-2014

Herr Fortmeier lässt über den erweiterten Beschluss (um Nr. 3) der Bezirksvertretung Brackwede abstimmen.

Beschluss:

1. Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung werden gemäß Vorlage Anlage A 1 zur Kenntnis genommen.
2. Den Stellungnahmen der Öffentlichkeit (Ifd. Nr. 1)
der Öffentlichkeit (Ifd. Nr. 2)
der Öffentlichkeit (Ifd. Nr. 3)
der Öffentlichkeit (Ifd. Nr. 4)
wird gemäß Vorlage Anlage A 2 nicht stattgegeben.
3. Bei der Begründung des Satzungsbeschlusses ist unter Ziffer 9.4 auf der Seite D 8 im zweiten Satz hinter ... mit der Stadtwerke Bielefeld GmbH... folgender Zusatz einzufügen „und anderen Anbietern“ weitere Abstimmungen ...
4. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/B 9 „Grabenkamp“ wird mit Text und Begründung als SATZUNG nach § 10 (1) BauGB beschlossen.
5. Der Satzungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/B 9 „Grabenkamp“ ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.
6. Die Information der Verwaltung zur Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der Berichtigung gemäß § 13a BauGB (Berichtigung 3/2011 „Wohnbaufläche Grabenkamp“) wird zur Kenntnis genommen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 16 Bauleitpläne Dornberg

- keine -

Zu Punkt 17 Bauleitpläne Gadderbaum

- keine -

Zu Punkt 18 Bauleitpläne Heepen

- keine -

Zu Punkt 19 Bauleitpläne Jöllenbeck

Zu Punkt 19.1 Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/ J 33 "Solarpark Deponie Beukenhorst" für das Gebiet nördlich der Eickumer Straße, östlich des Lenbaches und Jöllenbecker Mühlenbaches sowie 223. Änderung des Flächennutzungsplanes "Fläche für Versorgungseinrichtung - Photovoltaik Deponie Beukenhorst" im Parallelverfahren - Stadtbezirk Jöllenbeck - Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Änderungsbeschluss Flächennutzungsplan (223. Änderung)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3706/2009-2014

Herr Meichsner stellt fest, dass ihm die Deponieproblematik hinreichend bekannt sei. Da er die Vorlage in der Kürze der Zeit nur quer lesen konnte frage er, was mit dem Wald passiere. Zur Förderung der Solaranlagen stelle er fest, dass ein Anteil von über 50 % der Anlagen nicht mehr in Deutschland hergestellt wird. Außerdem werden diese Anlagen nicht ökologisch hergestellt. Die Aufforstung war vorgesehen, um eine Verbesserung des Kleinklimas zu erreichen. Er frage, was mit den Biotopverbund passiere.

Herr Moss teilt mit, dass verschiedene Deponien in Bielefeld durch einen Arbeitskreis bestehend aus Bauamt, Umweltamt und Wege untersucht wurden. In Bielefeld gebe es 3 Großunternehmen, die Solaranlagen herstellen. Der Bundesgesetzgeber fahre die Förderung zurück. Viele Hersteller von Solaranlagen seien inzwischen vom Markt verschwunden. Seit mehreren Monaten werde davon geredet, eine Solaranlage auf einer Deponie zu errichten. Das Umweltamt werde hierzu auf eine naturräumliche Untersuchung verzichten. Zwar bestehe eine Ausgleichsverpflichtung, die Hürde sei aber nicht so hoch, dass ein solches Verfahren nicht eingeleitet werde. Für einen solchen Solarpark käme in Bielefeld nur die Deponie Beukenhorst in Frage.

Herr Julkowski-Keppler ist froh, dass die Vorlage auf den Weg gebracht wurde. Das Bauleitverfahren sei hier sicherlich das richtige Verfahren.

Herr Schmelz fragt, wie sich die Stadt vor Regressansprüchen schützen möchte, wenn sich das Gelände bewege.

Herr Meichsner ist erstaunt mit welcher Leichtigkeit das Umweltamt über die hohen Auflagen hinweg gehe. Er frage, ob die Deponie verkauft werde oder in Erbbaupacht übergehe.

Herr Moss antwortet, dass hier eine Angebotsplanung über den Bebauungsplan geschaffen werde. Man werde dann mit potentiellen Betreibern sprechen. Ein Verkauf der Deponie sei nicht zulässig, da die Stadt Bielefeld für die Nachsorge sorgen müsse. Man werde einen Vertrag mit dem Betreiber schließen, z.B. das die Fläche für 25 Jahre für

einen Anerkennungspreis zur Verfügung gestellt wird. Danach sei z.B. denkbar, dass die Anlage in das Eigentum der Stadt Bielefeld übergehe. Solche Anlagen produzieren heute 40 Jahre Strom. Man könne sich auch nach 20 oder 25 Jahren darüber verständigen, dass die Anlage abgebaut werden muss. In der Deponie Beukenhorst seien keine Setzungen zu erwarten. Die A und E-Maßnahmen müssen noch mit dem Umweltamt geklärt werden.

Frau Pape sieht sich außerstande heute über die Vorlage zu beschließen, weil das Thema zu komplex sei.

Herr Moss verweist darauf, dass ab 01.07.2012 die Einspeisevergütung herabgesetzt werden wird.

Herr Nettelstroth hätte sich auch etwas mehr Zeit gewünscht. Dennoch sollte man die Energieeffizienz von Solaranlagen in Deutschland unterstützen. Er fordere, im weiteren Verfahren entsprechend beteiligt zu werden und das deutsche Module für den Solarpark benutzt werden.

Beschluss:

1. **Der Bebauungsplan Nr. II/ J 33 "Solarpark Deponie Beukenhorst" für das Gebiet nördlich der Eickumer Straße, östlich des Lenbaches und Jöllenbecker Mühlenbaches ist gemäß § 2 (1) BauGB neu aufzustellen.
Für die genauen Grenzen des Plangebietes ist die im Übersichtsplan M. 1: 1000 (im Original) mit blauer Farbe eingetragene Abgrenzung verbindlich.**
2. **Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB zu ändern (223. Änderung „Fläche für Versorgungseinrichtung – Photovoltaik Deponie Beukenhorst“). Der räumliche Geltungsbereich der Änderung entspricht dem Plangebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes.**
3. **Der Aufstellungsbeschluss sowie der Änderungsbeschluss sind gemäß § 2 (1) BauGB öffentlich bekannt zu machen.**
4. **Die frühzeitigen Beteiligungen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB sollen zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 20 Bauleitpläne Mitte

Zu Punkt 20.1 Satzung über die nochmalige Verlängerung der Anordnung einer Veränderungssperre für das Gebiet Detmolder Straße,

Mozartstraße, Promenade und Spiegelstraße
(Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr.
III/4/55.00 "Wohngebiet Lessingstraße")
- Stadtbezirk Mitte -
Nochmalige Verlängerung der Veränderungssperre

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3573/2009-2014

Herr Meichsner und Frau Weiß teilen mit, dass sie befangen sind und an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen.

Beschluss:

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die nochmalige Verlängerung der Anordnung einer Veränderungssperre für das Gebiet Detmolder Straße, Mozartstraße, Promenade und Spiegelstraße (Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. III/4/55.00 „Wohngebiet Lessingstraße“) wird beschlossen.

Für die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches der Veränderungssperre ist die im Abgrenzungsplan des Bauamtes im Maßstab 1: 1500 vorgenommener Eintragung (rote Linie) verbindlich.

- einstimmig beschlossen -

Frau Weiß und Herr Meichsner haben nach § 31 GO NRW an der Beratung und Beschlussfassung nicht mitgewirkt.

Zu Punkt 21 **Bauleitpläne Schildesche**

- keine -

Zu Punkt 22 **Bauleitpläne Senne**

- keine -

Zu Punkt 23 **Bauleitpläne Sennestadt**

Zu Punkt 23.1 **Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. I/St 47 "Sonstiges Sondergebiet Hansestraße" für das Gebiet zwischen Paderborner Straße, Hansestraße und dem Autobahnzubringer zur A 2 im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB**

- Stadtbezirk Sennestadt -
- Entwurfsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3581/2009-2014

Die Beratung zu diesem TOP erfolgt im nichtöffentlichen Teil und ist unter TOP 30.3 dokumentiert.

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan Nr. I/St 47 „Sonstiges Sondergebiet Hansestraße“ für das Gebiet zwischen Paderborner Straße, Hansestraße und dem Autobahnzubringer zur A2 wird mit der Begründung gemäß § 2a Baugesetzbuch (BauGB) als Entwurf beschlossen.
2. Die Information der Verwaltung zur Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der Berichtigung wird gemäß § 13a BauGB (Berichtigung Nr. 6 / 2011) zur Kenntnis genommen.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes ist mit der Begründung für die Dauer eines Monats gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen. Die Offenlage ist gemäß § 3(2) BauGB bekanntzumachen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4(2) BauGB zu beteiligen.

- einstimmig bei sieben Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 24 **Bauleitpläne Stieghorst**

- keine -

-.-.-